

Medienkonferenz

Wirtschaft gegen die AUNS-Initiative «Staatsverträge vors Volk»

Freitag, 25. Mai 2012

Es gilt das gesprochene Wort

Die Abschottungspolitik der AUNS schwächt die Position der Schweiz

Gerold Bührer, Präsident economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Jeden Tag schliesst die Schweiz mindestens einen Staatsvertrag ab. Jährlich sind es etwa 500 Verträge. Das zeigt, wie international vernetzt wir sind und wie bedeutend die Staatsverträge für unser Land, besonders für unsere Wirtschaft sind. Wir verdienen jeden zweiten Franken im Ausland. Täglich überqueren Waren im Wert von über einer Milliarde Franken unsere Grenze. Jeder zweite Arbeitsplatz hängt von der Exportwirtschaft ab.

Staatsverträge gewährleisten uns die Anbindung an die internationalen Märkte und schaffen Rechtssicherheit für unsere Unternehmen im Ausland. Sie sind eine zentrale Grundlage für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Freihandelsabkommen beispielsweise eliminieren Zölle in erheblichem Umfang zugunsten unserer Exporteure. Sie helfen darüber hinaus, weitere nicht tarifäre Handelsbeschränkungen abzubauen. Die Schweiz hat bisher 28 Freihandelsabkommen abgeschlossen, weitere sind in Planung, darunter Freihandelsabkommen mit China, Indien und Russland. Diese sind aus zwei Gründen besonders wichtig. Erstens handelt es sich um grosse Märkte (allein Indien und China mit je über einer Milliarde Einwohner), die stärker wachsen als unsere traditionellen Absatzmärkte in Europa. Zweitens bestehen in den Schwellenländern noch grössere Hürden für den Marktzugang. Neben Freihandelsabkommen spielen auch Investitionsschutzabkommen eine bedeutende Rolle. Sie schützen die Auslandsinvestitionen von Schweizer Unternehmen – notabene mittlerweile im Umfang von knapp 900 Milliarden Franken – vor völkerrechtswidrigem Handeln des Gaststaates. Neben den grossen Konzernen sind auch mehrere Tausend kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) direkt und vor allem indirekt daran beteiligt. Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen. Auch in den Bereichen der Bildung, der Forschung, der Innovation, des Schutzes von geistigem Eigentum usw. sind wir auf internationale Kooperation, die rechtlich abgesichert ist, angewiesen.

Unsere Spitzenposition im hart umkämpften internationalen Standortwettbewerb gilt es zu verteidigen. Mit dem überhöhten Franken-Wechselkurs und wachsenden protektionistischen Tendenzen ist die Schweizer Wirtschaft gegenwärtig bereits schon massiv gefordert. Die Abschottungspolitik der AUNS käme einem weiteren Handicap gleich. Ich wurde in den letzten Wochen immer wieder gefragt, warum

sich die Wirtschaft so stark gegen diese Initiative engagiere. Geht es doch primär um die Stärkung der Volksrechte. Ich möchte nochmals klar betonen: Dass die Wirtschaft die AUNS-Initiative klar ablehnt, heisst keinesfalls, dass wir die Volksrechte zurückbinden wollen. Im Gegenteil: Demokratie beruht auf Vertrauen. Wir haben die beste Demokratie der Welt. In keinem anderen Land können die Menschen in so vielen Fragen mitbestimmen. Das hat sich in den letzten Jahrzehnten sehr gut bewährt, auch aus dem Blickwinkel der Wirtschaft. Das soll daher auch so bleiben.

Unser sorgfältig austariertes System von obligatorischen und fakultativen Referenden gewährleistet, dass über relevante Staatsverträge abgestimmt wird bzw. weiterhin werden kann. Entweder obligatorisch, wenn es um Verträge mit fundamentaler Bedeutung geht, wie etwa einen Beitritt zur EU. Oder fakultativ, wenn Staatsverträge unkündbar und unbefristet sind, die Schweiz einer internationalen Organisation beitreten will, oder wenn aufgrund eines Staatsvertrags eine Gesetzesänderung nötig wird. 50'000 Unterschriften oder das Veto von acht Kantonen reichen dann aus, um eine Abstimmung zu verlangen. Damit bleibt es den Stimmberechtigten und auch den Kantonen überlassen, welche aussenpolitischen Vorlagen für sie relevant sind und wo sie mitentscheiden wollen. Das letzte Mal, als die Bevölkerung in diesem Bereich eine Abstimmung verlangte, war 2009 bei der Einführung der biometrischen Pässe.

Mit der AUNS-Initiative kämen künftig alle Staatsverträge, die unter die in der Initiative aufgeführten Kriterien fallen, automatisch zur Abstimmung. Es würde keine Rolle mehr spielen, ob ein Vertrag umstritten ist oder nicht. Ein Gutachten, das wir bei Professor Ehrenzeller der Universität St. Gallen in Auftrag gegeben haben, kommt zum Schluss, dass von Mitte 2003 bis 2011 77 Staatsverträge automatisch zur Abstimmung gelangt wären. Nur in vier von diesen 77 Fällen hat das Volk aber tatsächlich eine Abstimmung verlangt (2005: Assoziierung zu Schengen/Dublin und Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf EU-10, 2009: Ausdehnung Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien und Einführung der biometrischen Pässe). Das zeigt, dass es die AUNS-Initiative nicht braucht. Sie würde zu teuren Leerläufen und unnötigerweise zu Verzögerungen führen.

Eine weitere gravierende Schwachstelle der Initiative ist ihre Formulierung. Dass über Staatsverträge in «wichtigen Bereichen» künftig obligatorisch abgestimmt werden müsste, schafft rechtliche Unklarheit. Denn was heisst «wichtige Bereiche»? Im Gegensatz zum heutigen System, wo die Bundesverfassung regelt, welche Verträge dem Referendum zu unterstellen sind, müsste das Parlament erst darüber entscheiden, ob ein Staatsvertrag wichtig oder unwichtig ist. Und diesen Entscheid würde das Parlament gemäss dem eigenen Ermessen fällen. Nur schon aus staatspolitischer Sicht wäre das problematisch. Aber auch für unsere Verhandlungsposition ist das ein Erschwernis. In zwischenstaatlichen und insbesondere in multilateralen Verhandlungen riskieren wir, an Gewicht zu verlieren. Werden beispielsweise wiederholt Verträge nach mehrjähriger Verhandlung und Unterzeichnung vor allem aus einer politischen Grosswetterlage heraus nachträglich abgelehnt, wird die Schweiz als Verhandlungspartner international geschwächt. Die demokratische Legitimation der Aussenpolitik soll primär weiterhin durch einen frühzeitigen Einbezug der wichtigsten politischen Akteure bei der Ausgestaltung dieser Mandate erfolgen – nicht durch obligatorische nachgelagerte Volksabstimmungen. Auch dann, wenn dagegen kein Referendum ergriffen worden ist.

Die Schweiz muss ein attraktiver und verlässlicher Handelspartner bleiben. Unnötige und aufwendige Abstimmungen, verbunden mit dem Risiko von Verzögerungen, laufen unseren Landesinteressen zuwider. Die Wirtschaftsverbände stellen sich daher geschlossen gegen die unnötige AUNS-Initiative und empfehlen ein klares Nein am 17. Juni.